

## Beschluss (vorläufig) Demokratie schützen – Desinformation entschlossen bekämpfen!

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 16.11.2024  
Tagesordnungspunkt: VR Im V-Ranking priorisierte Anträge

### Antragstext

1 Unsere Demokratie ist stark und wehrhaft. Sie wird durch eine lebendige und  
2 vielfältige Zivilgesellschaft getragen, die sich jeden Tag für demokratische  
3 Werte und das Gemeinwohl einsetzt. Dennoch wird unsere freiheitliche  
4 Gesellschaft und unsere Art zu leben derzeit massiv bedroht - von innen wie  
5 außen. Wir sehen uns mit anhaltenden, ernstzunehmenden sicherheitspolitischen  
6 Risiken konfrontiert, die unsere digitale und analoge Welt gleichermaßen  
7 betreffen.

8 Um diese Gefahren wirksam zu bekämpfen, müssen wir nicht nur unsere  
9 gesellschaftlichen Abwehrkräfte stärken, sondern vor allem Vertrauen  
10 zurückgewinnen – in den Staat, in demokratische Institutionen und Prozesse,  
11 sowie in die Unabhängigkeit und Vielfalt unserer Medienlandschaft. Vertrauen ist  
12 die Grundlage, die unsere Gesellschaft zusammenhält und entscheidend für die  
13 Verteidigung unserer Demokratie. Nicht nur unsere Demokratie ist stark und  
14 wehrhaft – auch unsere Gesellschaft muss es sein.

15 In Zeiten hybrider Kriegsführung erleben wir, wie Informationsmanipulationen  
16 gezielt eingesetzt werden, um gesellschaftliche Konflikte zu befeuert,  
17 Unsicherheit zu schüren und die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Diese  
18 systematischen Angriffe auf die Hard- und Software unserer liberalen Demokratie  
19 müssen wir ernst nehmen und verteidigen. Autoritäre Staaten agieren gezielt auch  
20 im digitalen Raum, um politische Debatten zu beeinflussen und unsere  
21 demokratische Gesellschaft zu destabilisieren. Dagegen müssen wir die  
22 Gesellschaft stark und resilient aufstellen.

23 Die Auswirkungen dieser Desinformationskampagnen sind weitreichend: Sie  
24 vergiften öffentliche Diskurse, untergraben das Vertrauen in staatliche  
25 Institutionen oder in die Medien. Menschen werden zum Ziel von Einschüchterung  
26 und Diskreditierung. So beeinflussen sie demokratische Willensbildungsprozesse,  
27 befördern Spaltung und manipulieren Wahlen oder stellen deren Rechtmäßigkeit in  
28 Frage. Damit sind Desinformationskampagnen von einer abstrakten zu einer realen  
29 Gefahr geworden.

30 Diese Herausforderungen werden durch verschiedene Faktoren verschärft. Das  
31 Erstarken populistischer und rechtsextremer Kräfte in Deutschland und weltweit  
32 führt dazu, dass demokratiefeindliche Erzählungen noch stärker verbreitet  
33 werden. Autoritäre Staaten, wie Russland und China, nutzen Desinformation  
34 gezielt, um westliche Gesellschaften zu destabilisieren. Ihre Narrative werden  
35 auch von AfD und BSW massenhaft weiterverbreitet.

36 Die Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit verschwimmen zunehmend. Der  
37 völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hat die  
38 Bedrohungslage noch einmal deutlich verschärft. Desinformationskampagnen werden  
39 längst begleitet durch gezielte IT-Angriffe auf staatliche und private

40 Einrichtungen sowie auf kritische Infrastrukturen, den Lebensadern unserer  
41 Gesellschaft.

42 Desinformation ist kein neues Phänomen. Neu sind die rasante Ausbreitung und der  
43 große Einfluss auf die politische Meinungsbildung auf der ganzen Welt. Dafür  
44 verantwortlich sind insbesondere die Anreiz- und Vergütungssysteme von Social-  
45 Media-Plattformen, die dazu führen, dass Falschinformationen schneller  
46 verbreitet werden als fundierte Informationen, und Bedrohungsakteure, die diese  
47 Mechanismen gezielt ausnutzen. Denn das Problem ist nicht die Existenz einzelner  
48 Accounts, die Falschinformationen verbreiten, sondern deren künstliche  
49 Verstärkung durch die Systeme der Plattformen. Dies untergräbt den  
50 demokratischen Diskurs, da Bürger\*innen von solchen Inhalten überschwemmt  
51 werden. Mechanismen, die z.B. Inhalte belohnen, die Angst und Wut erzeugen,  
52 müssen kritisch hinterfragt werden. Auch das Belohnen von Accounts, die mit  
53 hoher Frequenz posten, ist problematisch. Bürger\*innen müssen selbst entscheiden  
54 können, was in ihren Timelines erscheint. Dazu kommt die Funktionsweise von  
55 Online-Werbung, die dazu führt, dass Desinformation eine höchst lukrative  
56 Einkommensquelle für Betreiber undurchsichtiger Webseiten ist.

57 Der demokratische Inselstaat Taiwan erlebt seit Jahren heftige  
58 Desinformationskampagnen aus der Volksrepublik China. Die gescheiterten  
59 Beeinflussungsversuche aus Peking bei den jüngsten Wahlen zeigen die  
60 Widerstandsfähigkeit einer Gesellschaft, die mithilfe staatlicher und ziviler  
61 Initiativen einen hohen Aufklärungsgrad gegen systematische  
62 Informationsmanipulation erreicht hat und den Schutz vor  
63 Desinformationsangriffen beispielgebend vorantreiben konnte.

64 Die auf deutscher und europäischer Ebene ergriffenen Maßnahmen haben der  
65 zunehmenden Verbreitung von strafrechtlich relevanten Äußerungen und der  
66 Manipulation unserer digitalen Debattenräume bisher nicht ausreichend Einhalt  
67 gebieten können. Der Digital Services Act (DSA) ist ein entscheidender Schritt  
68 hin zu mehr Transparenz und rechtsstaatlicher Regulierung für digitale  
69 Plattformen. Er muss auf nationaler und europäischer Ebene weiter entschlossen  
70 durchgesetzt und die zuständigen Aufsichtsbehörden gestärkt werden.

71  
72 In Ländern wie Finnland spielt das Bildungssystem eine zentrale Rolle im Kampf  
73 gegen Desinformation. Medienkompetenz ist dort seit vielen Jahren fester  
74 Bestandteil der Lehrpläne, wodurch die Gesellschaft eine starke Immunität  
75 gegenüber Desinformationskampagnen entwickelt hat. Finnland wird regelmäßig als  
76 manipulations-resilientestes Land der EU eingestuft. Als direkter Nachbar  
77 Russlands hat die finnische Regierung frühzeitig auf diese Bedrohung reagiert –  
78 ein europäisches Erfolgsmodell, von dem wir lernen können.

79 Im Spannungsfeld zwischen Eigenverantwortung und staatlichem Schutz brauchen wir

- 80 1. eine wachsame Zivilgesellschaft und Medien, die kritisch hinterfragen und  
81 die Meinungsvielfalt einer vielseitigen Gesellschaft als Stärke verstehen,
- 82 2. eine konsequente Fortsetzung der rechtsstaatlichen Regulierung der großen  
83 Plattformen und künstlich generierter Inhalte,
- 84 3. den staatlichen Schutz vor digitalen Angriffen aus dem In- und Ausland –  
85 in Deutschland und Europa,
- 86 4. kritische Bürger\*innen, die sich der Manipulierbarkeit von Informationen  
87 und der Gefahr von Desinformation bewusst sind, und
- 88 5. einen verbesserten Schutz von Betroffenen.

## 89 Ein ganzer Werkzeugkasten gegen Desinformation 90 und für demokratische Teilhabe

91 Die Bekämpfung von Desinformation erfordert ein ganzheitliches Vorgehen, das  
92 Aspekte der inneren und äußeren Sicherheit verbindet. Unser Ziel ist es, die  
93 Resilienz unserer Gesellschaft zu stärken und die Wehrhaftigkeit unserer  
94 Demokratie zu erhöhen. Hierfür sind gut informierte Bürger\*innen essentiell, die  
95 Informationen kritisch bewerten. Außerdem müssen unabhängige Medien gestärkt und  
96 ein Mindestmaß an Transparenz und Chancengleichheit auf sozialen Plattformen  
97 sichergestellt sein. Dafür gehen wir den eingeschlagenen Weg der  
98 rechtsstaatlichen Regulierung von Plattformen konsequent weiter.

99 Die Versäumnisse sind groß. Die vor gut zwei Jahren bereits ausgerufene  
100 “Zeitenwende” muss auch mit Blick auf hybride Bedrohungen wie Desinformation  
101 endlich politisch entschlossen umgesetzt werden. Uns steht ein Bündel an  
102 Maßnahmen zur Verfügung, die jetzt ergriffen werden müssen. Unser Ansatz umfasst  
103 einen Werkzeugkasten von Maßnahmen aus den Bereichen Innere Sicherheit, Außen-  
104 und Verteidigungspolitik sowie Bildung, Zivilgesellschaft und Forschung. Nur  
105 durch das Zusammenspiel dieser Bereiche können wir den komplexen  
106 Herausforderungen, die durch Desinformation entstehen, effektiv begegnen.

### 107 1. Maßnahmen der Innen- und Sicherheitspolitik

108 Bundesweite Strategie gegen Desinformation schaffen: Desinformation ist keine  
109 kurzfristige Herausforderung, sondern ein Problem auf Dauer. Um  
110 Desinformationskampagnen langfristig einzudämmen, brauchen wir eine bundesweite  
111 Strategie gegen Desinformation, die die Bundesregierung seit langem versprochen  
112 hat und deren Vorlage wir umgehend fordern. Die Strategie muss aufzeigen, mit  
113 welchen Maßnahmen, Werkzeugen, Mitteln und Strukturen Desinformation dauerhaft  
114 bekämpft werden soll. Bestandteil muss u.a. eine breit angelegte und andauernde  
115 Aufklärungskampagne, wie bei unseren skandinavischen und baltischen Nachbarn,  
116 sein, um Bürger\*innen über drohende Gefahren aufzuklären.

117 Zentrale Koordinierungsstelle ausbauen: Wir unterstützen den umfassenden  
118 Aufbau einer zentralen Stelle zur frühzeitigen Erkennung, Koordinierung und  
119 schnellen Reaktion auf Desinformationskampagnen aus dem In- und Ausland. Die

120 Zentrale Koordinierungsstelle soll dabei bestehende Kapazitäten in verschiedenen  
121 Ressorts bündeln, Fähigkeiten erweitern, sowie Gegenmaßnahmen empfehlen und in  
122 Kooperation durchführen.

123 DSA national durchsetzen: Den Weg der rechtsstaatlichen Regulierung wollen wir  
124 konsequent fortsetzen, den europäischen Digital Services Act (DSA) entschlossen  
125 auf nationaler Ebene durchsetzen, die Aufsichtsbehörden auf Landes- und  
126 Bundesebene stärken und Betroffenen mehr Hilfe zuteilwerden lassen. Der Digital  
127 Services Coordinator muss entsprechend ausgestattet werden, und ihm müssen auch  
128 die notwendigen Mittel zur Vergabe unabhängiger Forschungsaufträge an die Hand  
129 gegeben werden. Außerdem setzen wir uns für ein Digitales Gewaltschutzgesetz  
130 ein, das wirksame Instrumente wie Accountsperrn nach gerichtlich geurteilten  
131 Rechtsverletzungen gesetzlich verankert.

132 Rechtsdurchsetzung und handlungsfähige Strafverfolgung: Falschnachrichten,  
133 Informationsmanipulation und Desinformation sind nicht per se strafrechtlich  
134 relevant und das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung gilt es unbedingt zu  
135 schützen. Dort, wo die Schwelle zur Strafbarkeit aber klar überschritten ist,  
136 z.B. bei Leaking und Doxxing, muss der Rechtsstaat konsequent einschreiten.  
137 Hierfür stärken wir die Strafverfolgungsbehörden, u.a. durch stärkere  
138 Priorisierung und bessere Abstimmung zwischen Bund und Ländern bei der  
139 Strafverfolgung, bei der digitalen Ermittlung und massenhaften Bearbeitung von  
140 Vorfällen – auch mit Hilfe automatisierter Lösungen, sofern diese klaren  
141 rechtsstaatlichen und datenschutzkonformen Standards genügen. Die Gewährleistung  
142 von zeitnaher Vorgangsbearbeitung, dem geregelten Datenaustausch zwischen  
143 Ermittlungsbehörden und Plattformbetreibern sowie die Schaffung von angemessen  
144 ausgestatteten Schwerpunktstaatsanwaltschaften sind wichtige Bausteine für eine  
145 erfolgreiche Rechtsdurchsetzung, die wir mit ausreichend Ressourcen und Fort-  
146 und Ausbildung stärken wollen.

147 Nachrichtendienste einbinden: Die Nachrichtendienste von Bund und Ländern  
148 spielen eine wichtige Rolle bei der Erkennung und Rückverfolgung von  
149 massenhafter Desinformation, insbesondere wenn die Urheber staatliche oder  
150 staatsnahe Akteure sind. Umso schmerzlicher sind die Versäumnisse der letzten  
151 drei Jahrzehnte bei der Spionage- und Sabotageabwehr, ohne die eine effektive  
152 Desinformationsbekämpfung nicht auskommt. Daher möchten wir die  
153 Nachrichtendienste bei ihrer Arbeit gegen Desinformation stärken, insbesondere  
154 bei der Früherkennung und Etablierung eines funktionierenden Warnsystems.

155 Schutzangebote auf kommunaler Ebene: Wir müssen Schutzangebote für unsere  
156 liberale Demokratie besonders auch auf kommunaler Ebene machen. Gerade in den  
157 Städten und Gemeinden treffen Desinformation und Angriffe auf Infrastruktur  
158 direkt auf die Menschen. Hier braucht es mehr Instrumente, die Kreisverwaltungen  
159 und städtische Unternehmen zur Abwehr dieser Kampagnen wappnen. Vorbild können  
160 hier Initiativen aus Taiwan zur zivilen Verteidigung sein.

161 Kooperation von Zivilgesellschaft, Forschung und Sicherheitsbehörden: Wir wollen  
162 die wertvolle Expertise von NGOs und Wissenschaftler\*innen nutzen und eine enge  
163 Zusammenarbeit zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen, der Wissenschaft  
164 und Sicherheitsbehörden fördern. Diese freiwillige Kooperation basiert auf einem  
165 strukturierten Wissensaustausch, praxisorientierten Schulungen und einer  
166 koordinierten Öffentlichkeitsarbeit. Dabei bleiben die Unabhängigkeit, die  
167 verschiedenen Perspektiven sowie die spezifischen Kompetenzen aller beteiligten

168 Akteure gewahrt, um einen ganzheitlichen Ansatz zur Bekämpfung von  
169 Desinformation zu entwickeln.

170 Erweiterter Werkzeugkasten: Wir unterstützen die Entwicklung einer umfassenden  
171 Toolbox zur Reaktion auf Desinformation, angelehnt an den Europäischen  
172 Auswärtigen Dienst. Diese soll Instrumente wie öffentliche Addressierung und  
173 Missbilligung, Prebunking und Debunking, Sanktionen, strafrechtliche Verfolgung,  
174 nachrichtendienstliche Beobachtung sowie Maßnahmen zur Abschaltung von  
175 Infrastruktur von gesteuerten Desinformationskampagnen umfassen.

## 176 2. Maßnahmen zur europäischen und internationalen 177 Kooperation

178 EU-Monitoring und europäische Kooperation stärken: Die Monitoring-Einheiten  
179 der EU, insbesondere des Europäischen Auswärtigen Dienstes, müssen personell und  
180 finanziell ausreichend ausgestattet werden, um Desinformationskampagnen effektiv  
181 zu überwachen und zu bekämpfen. Im Zusammenschluss mit den europäischen  
182 Institutionen und nationalen Organisationen unserer Partner in der EU und NATO  
183 ermöglichen wir den aktiven Austausch von Informationen zu  
184 Informationsmanipulation und Desinformationskampagnen, fördern die  
185 Zusammenarbeit und den europäischen und internationalen Fähigkeitsaufbau.

186 Europäisches Demokratieschild umfassend ausgestalten: Das von der  
187 Europäischen Kommission geplante „European Democracy Shield“ darf sich nicht nur  
188 auf Einflusskampagnen aus dem EU-Ausland fokussieren. Auch relevante Akteure  
189 innerhalb der EU müssen in den Blick genommen werden – gerade auch, weil eine  
190 scharfe Trennung häufig nicht möglich ist. Zudem müssen die Mechanismen der  
191 Plattformen, wie Targeting und Amplifizierung, umfassend berücksichtigt werden.

192 Stärkung der internationalen Zusammenarbeit: Die multilaterale  
193 Zusammenarbeit wollen wir angesichts geopolitischer Bedrohungen und  
194 Einflussnahmen durch autoritäre Staaten auch außerhalb von EU und NATO beim  
195 Kampf gegen Desinformation stärken. Deutschland muss seine Rolle in der G7  
196 weiter ausbauen, um globale Normen zu fördern und zu verhindern, dass einzelne  
197 Staaten die Schaffung solcher Normen blockieren. Außerdem müssen wir die  
198 Gefahren von Desinformationskampagnen im Kontext von Wahlen oder politischen  
199 Krisen in Drittstaaten wahrnehmen und die Hilfe zum Aufbau von Resilienz zum  
200 Teil von Entwicklungshilfe machen.

## 201 3. Maßnahmen zur Umsetzung der Plattformregulierung

202 Desinformation als systemisches Risiko definieren: Desinformation muss im  
203 Sinne des DSA als systemisches Risiko für den öffentlichen Diskurs und Wahlen  
204 anerkannt werden. Deutschland muss die Europäische Kommission auffordern, DSA-  
205 Ermittlungen bei allen großen Plattformen einzuleiten, um zu untersuchen, welche  
206 Mechanismen der Plattformen zur überproportionalen Verbreitung von  
207 Desinformation führen und diese Mechanismen unterbinden.

208 Algorithmische Verstärkung gezielt angehen: Die Verstärkung von Inhalten durch  
209 Plattform-Algorithmen spielt eine zentrale Rolle bei der Verbreitung von  
210 Desinformation. Wir wissen aus der Forschung, dass sogenannte „grenzwertige“  
211 Inhalte, die sich an der Grenze zu Inhalten befinden, die illegal sind oder

212 Community-Standards verletzen, stärker verbreitet werden als andere Inhalte.  
213 Desinformation fällt häufig in diese Kategorie. Die Europäische Kommission kann  
214 auf Grundlage des DSA solche Algorithmen als Risiko für öffentlichen Diskurs und  
215 Wahlen definieren und die Plattformen auffordern, Alternativen einzusetzen.  
216 Dabei setzen wir auf Algorithmen, bei denen Bürger\*innen selbst entscheiden, was  
217 in ihren Timelines erscheint.

218 Einschränkung von Targeting konsequent durchsetzen: Targeting ist eines der  
219 zentralen Instrumente, durch das Desinformation gezielt an dafür anfällige  
220 Bevölkerungsgruppen ausgespielt werden kann. Dies führt zu einer viralen  
221 Verbreitung, noch bevor Faktenchecks oder andere Maßnahmen greifen können. Wir  
222 fordern, dass die im DSA bereits vorgesehenen Einschränkungen von Targeting  
223 konsequent durchgesetzt werden – gerade mit Blick auf den Schutz von  
224 Minderjährigen oder das Schließen von Schlupflöchern. Die Europäische Kommission  
225 und die Bundesnetzagentur müssen im jeweiligen Zuständigkeitsbereich für  
226 konsequente Durchsetzung sorgen. Maßgeschneiderte Botschaften dürfen nicht dazu  
227 führen, dass bestimmte Gruppen unverhältnismäßig beeinflusst werden. Darüber  
228 hinaus darf Online-Werbung nicht systematisch finanzielle Anreize bieten,  
229 Desinformation im Internet zu veröffentlichen. Werbetreibende müssen Kontrolle  
230 darüber haben, wo ihre Inhalte ausgespielt werden.

231 Wissenschaftlichen Zugang zu Plattformdaten gewährleisten: Um die  
232 Verbreitung von Desinformation und deren Auswirkungen besser zu verstehen, muss  
233 der Zugang zu Plattformdaten für Forschungszwecke gewährleistet werden. Der DSA  
234 sieht hier klare Vorgaben vor, und wir fordern eine schnelle und umfassende  
235 Umsetzung dieses Zugangs. Ein delegierter Rechtsakt muss klare Rahmenbedingungen  
236 für den Zugang definieren und dafür sorgen, dass Wissenschaft alle Daten  
237 bekommt, die für relevante Ergebnisse erforderlich sind.

238 Online-Werbung neu regulieren: Die EU-Kommission muss eine neue  
239 Gesetzesinitiative an der Schnittstelle von DSA, Political Ads Regulation,  
240 ePrivacy Regulation und Wettbewerbsrecht vorlegen, um die Nutzung  
241 personenbezogener Daten in Datenprofilen großer Plattformen und Datenhändler für  
242 Online-Werbung und das Ausspielen von Inhalten kohärent zu regulieren. Ziel ist  
243 es, den Einsatz personenbezogener Daten für gezielte Werbung als Einfallstore  
244 für Manipulation und Desinformation weiter einzuschränken. Auch monopolartige  
245 Strukturen einzelner Anbieter, wie Google und Meta, müssen verstärkt in den  
246 Fokus genommen werden.

247  
248 Nutzer\*innen-Transparenz erhöhen: Transparenz unterstützt die freie und  
249 kritische Meinungsbildung und hilft Informationsmanipulation zu enttarnen. Daher  
250 setzen wir uns für die verpflichtende Kennzeichnung von KI-generierten Bildern  
251 und Videos ein. Die Kennzeichnungspflicht für KI-generierte Bilder und Videos  
252 soll für alle Plattformen und Medienkanäle gelten und durch robuste technische  
253 Lösungen, wie digitale Wasserzeichen oder Metadaten, umgesetzt werden.  
254 Gleichzeitig fördern wir die Entwicklung von KI-Erkennungstechnologien, um nicht  
255 gekennzeichnete generierte Inhalte identifizieren zu können. Außerdem sollen  
256 weitergeleitete Nachrichten als solche gekennzeichnet werden, um Transparenz für  
257 Nutzende über den Ursprung zu schaffen. Zuletzt sollen Plattformauftritte von  
258 Personen des öffentlichen Lebens oder bekannten Institutionen verlässlich  
259 gekennzeichnet werden, um Verwechslungen und absichtliche Irreführungen zu  
260 reduzieren.

261 4. Maßnahmen im Bereich digitale Bildung, Forschung und  
262 Zivilgesellschaft

263 Demokratiefördergesetz jetzt: In der Zivilgesellschaft leisten engagierte  
264 Menschen in unterschiedlichen Initiativen unschätzbar wertvolle Arbeit für  
265 unsere Demokratie, die endlich auch verlässlich finanziert werden muss. Es ist  
266 höchste Zeit, dass das Demokratiefördergesetz kommt. Wenn wir  
267 verfassungsfeindliche Ideologien erfolgreich an der Wurzel bekämpfen wollen,  
268 brauchen wir leistungsfähige zivilgesellschaftliche Organisationen, die diese  
269 Arbeit auch in der Fläche leisten können.

270 Förderung der Medienkompetenz: Wir setzen uns für eine umfassende Stärkung  
271 der digitalen Bildung ein. Unser Ziel ist es, kritisches Denken, Faktenprüfung,  
272 die Sensibilisierung für Techniken der Manipulation und den verantwortungsvollen  
273 Umgang mit Medien als Querschnittskompetenz in unserem Bildungssystem zu  
274 verankern – von der Kita bis zur Erwachsenenbildung. Über den Digitalpakt 2.0  
275 hinaus muss der Bund die Länder hierbei dauerhaft unterstützen. Dabei  
276 orientieren wir uns am Beispiel Finnlands, das einen gesamtgesellschaftlichen  
277 Ansatz verfolgt: Zivilgesellschaftliche Organisationen werden aktiv an  
278 Entwicklung und Umsetzung von Lernprogrammen beteiligt – dies trägt zur  
279 Zusammenarbeit von beispielsweise Schulen, Bibliotheken, Universitäten und NGOs  
280 bei. Zusätzlich fördern wir Initiativen zur lebenslangen digitalen Bildung, um  
281 Menschen aller Altersgruppen für die Gefahren von Desinformation zu  
282 sensibilisieren.

283 Unterstützung der Zivilgesellschaft: Wir fördern aktiv die Zusammenarbeit mit  
284 zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich im Bereich der Bekämpfung von  
285 Desinformation engagieren. Dies umfasst finanzielle Unterstützung für Projekte  
286 zur Aufklärung über Desinformation, die Bereitstellung von Ressourcen für Fact-  
287 Checking-Initiativen und die Förderung von Netzwerken zum Austausch bewährter  
288 Praktiken. Zudem unterstützen wir Bewegungen, die sich für digitale Aufklärung  
289 in ihren Gemeinschaften einsetzen. Als Vorbildmodell können wir von  
290 Organisationen aus Taiwan zahlreiche wirksame Methoden lernen und auf die  
291 Situation in Deutschland und Europa anpassen. Unser Ziel muss es sein, diese  
292 zersetzenden autoritären Kräfte aufzudecken und den digitalen Raum weiter für  
293 demokratische Diskurse zu nutzen. Mit der Verabschiedung der Strategie für die  
294 internationale Digitalpolitik hat die Bundesregierung klargestellt, dass sie  
295 sich den Herausforderungen bewusst ist und es Unterstützung für  
296 zivilgesellschaftliche Organisationen zur Zusammenarbeit gegen Desinformationen  
297 braucht.

298 Forschungsförderung: Die Forschung zur Wirkung von Desinformation und deren  
299 Bekämpfung muss intensiviert werden. Wir setzen uns für eine verstärkte  
300 Förderung entsprechender Forschungsprojekte ein, einschließlich  
301 interdisziplinärer Studien, die Erkenntnisse aus Psychologie,  
302 Kommunikationswissenschaften, Informatik und Politikwissenschaft zusammenführen.  
303 Besonderes Augenmerk legen wir auf die Erforschung der langfristigen  
304 gesellschaftlichen Auswirkungen von Desinformation und die Entwicklung von  
305 Gegenstrategien.

306 Fortsetzung der Bürger\*innenbeteiligung: Die Einbindung der Bürger\*innen in  
307 den Prozess der Bekämpfung von Desinformation muss fortgesetzt und intensiviert

308 werden. Wir fördern Bürgerdialoge, partizipative Workshops und Online-  
309 Plattformen, die es der Bevölkerung ermöglichen, sich aktiv an der Entwicklung  
310 von Strategien gegen Desinformation zu beteiligen, zu stärken. Durch diese  
311 Einbindung stärken wir nicht nur das demokratische Bewusstsein, sondern nutzen  
312 auch das kollektive Wissen und die Erfahrungen der Bürger\*innen im Umgang mit  
313 Falschinformationen.

314 Journalismus-Förderung: Ein starker öffentlich-rechtlicher Rundfunk ist eine  
315 unverzichtbare Säule einer Medienlandschaft, die sich Desinformation  
316 entgegenstellt. Wir wollen ihn stärken und reformieren. Seine regional  
317 verankerten, hochwertigen journalistischen Angebote sind wesentliche Grundlage  
318 für die Meinungsbildung, die offene Debatte und die kulturelle Bereicherung in  
319 einer demokratischen Gesellschaft. Unverzichtbarer Bestandteil einer resilienten  
320 Gesellschaft, die Desinformation erkennt und widersteht, ist eine vielfältige  
321 und qualitativ hochwertige freie Presse. Wir streben deshalb an, durch geeignete  
322 Instrumente die Wettbewerbssituation für journalistische Angebote – besonders im  
323 Netz – zu verbessern und praktikable Finanzierungsinstrumente zur Stärkung  
324 journalistischer Inhalte, Entwicklung zukunftsfähiger Geschäftsmodelle und einer  
325 flächendeckenden Versorgung mit journalistischen Angeboten zu entwickeln,  
326 besonders in ländlichen Regionen. Als mögliche Ansätze dafür sehen wir die  
327 Anerkennung der Gemeinnützigkeit für Non-Profit-Journalismus, eine Förderung der  
328 digitalen Transformation der Presselandschaft und eine Förderung von  
329 Journalist\*innen durch Stiftungsmodelle fördern, ähnlich wie in den nordischen  
330 Ländern.